

Dr. Carsten Linnemann: Zunächst gilt es, mit einem Irrglauben aufzuräumen. Wir haben unsere nationalen Grenzen nämlich nicht abgeschafft, sondern wir haben sie nur an die europäische Außengrenze verschoben. Allerdings funktionieren die Grenzkontrollen an den europäischen Außengrenzen nicht. Seit zig Jahren ist das Problem bekannt, ohne dass es gelöst wird. Deshalb war die Einrichtung stationärer Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen richtig. Ich bin darüber nicht glücklich, aber solange die EU-Außengrenzen nicht gesichert sind, braucht es Kontrollen an den Binnengrenzen. Und die Asylverfahren sollten perspektivisch in Drittstaaten oder an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden. Ziel muss es sein, dass nur diejenigen in das Territorium der Europäischen Union einreisen dürfen, die bereits einen positiven Asylbescheid erhalten haben. Denn wer erst einmal in Deutschland ist, kann nur sehr schwer wieder abgeschoben werden. Deshalb müssen wir das Pferd von vorne aufzäumen und bereits vor der Einreise festlegen, wer zu uns kommen darf.



? Wäre es nicht an der Zeit, dass die Union klare Kante fordert, wenn es um die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern geht? Oder wird hier im Vorgriff Rücksicht genommen auf einen möglichen Koalitionspartner?

Dr. Carsten Linnemann: Ich spreche Klartext. Allerdings können wir als Opposition nur warnend unsere Stimme erheben. Abhilfe muss die Bundesregierung schaffen. Ich darf mich wiederholen: Ziel muss es sein, dass Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, erst gar nicht nach Deutschland kommen dürfen. Wenn wir das nicht schaffen, explodiert der

gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland, weil unsere Gesellschaft völlig überfordert ist. Nur einige Fakten: Tausende von Schulkindern aus Flüchtlingsfamilien gehen nicht zur Schule, weil die Lehrer fehlen und die Raumkapazitäten nicht vorhanden sind. Es fehlen 350 000 Kitaplätze und 700 000 Wohn-einheiten. Hinzu kommt, wie die Vergangenheit gezeigt hat und die Gegenwart zeigt, dass viele Asylbewerber konträr zu unseren Werten stehen. Schauen Sie nur auf die Anti-Israel-Demonstrationen in Berlin und anderswo. Allein deshalb ist ein Systemwechsel notwendiger denn je. ■

„Ziel muss es sein, dass Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, erst gar nicht nach Deutschland kommen dürfen.“



Die Fragen stellten Friedhelm Ost und Janina Schäfer

IMPRESSUM

DER SELBSTÄNDIGE/MITTELSTAND DIGITAL
ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundes der Selbständigen, LV NRW, und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e. V.
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede
Tel. (0230 1) 91 96 8-0, Fax (0230 1) 91 96 8-29
E-Mail: info@bvmu.de

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Anita Schäfer, Janina Schäfer, Friedhelm Ost

Fotos: Laurence Chaperon, Janina Schäfer, BDS Archiv
Layout: Joachim Schäfer/K6 Medien
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Dortmund
Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zur BVMU/zum BDS abgegolten.
Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben bei der BVMU e. V. und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
BDS/BVMU e. V.
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede
Internet: www.bvmu.de
E-Mail: info@bvmu.de
© by: BDS/BVMU e. V.

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.